Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1912

32 (2.2.1912) Viertes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe und Vororten: frei ins Haus geliefert viertelj. Mk. 1.65, an den Ausgabestellen abgeholt monatl. 50 Pfennig. Auswärts frei ins Haus geliefert viertelj. Mark 2.22. Am Postschalter abgeholt Mk. 1.80. Einzelnummer 10 Pfennig.

Redaktion und Expedition: Ritterstraße Nr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Organ für amtliche Anzeigen

Anzeigen: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig. Reklamezeile 45 Pfennig. Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme: größere spätest. bis 12 Uhr mittags, kleinere spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschlüsse: Expedition Nr. 203. Redaktion Nr. 2994.

Viertes Blatt | Gegründet 1803 | **Freitag, den 2. Februar 1912** | 109. Jahrgang | Nummer 32

Badische Politik.

Die Verhältniswahlen.

Die Verhältniswahl als Wahlverfahren zum Badischen Landtag. Von Ernst Frey. (75 Seiten). Karlsruhe 1912. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag. Preis 1 Mk.

Der Gedanke, daß das Verhältniswahlverfahren kommen wird und kommen muß, ist schon weit verbreitet. Denn das Wahlverfahren beeeinträchtigt heute tatsächlich das Wahlrecht und hebt zum Teil seine Gleichheit auf. Dies ist die Folge der Bestimmung, daß jeder Abgeordnete in einem besonderen Wahlkreis gewählt wird und die absolute Mehrheit der in dem Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen muß, also eine Stimme mehr, als die Zahl der übrigen, ihm nicht zugefallenen Stimmen beträgt. Die Einführung der relativen Mehrheit für die Stichwahl hat in dieser Richtung eine Besserung nicht gebracht und nicht bringen können.

Der Verfasser der vorliegenden Broschüre, Kammerstenograph Frey in Karlsruhe, ist durch seine früheren Broschüren als guter Kenner der Verhältniswahl (Proportionalwahl) bereits bekannt. In seiner neuen Schrift erklärt er das Wesen und den Gang der Mehrheitswahl als Landtagswahlverfahren und beweist auf Grund zahlreichen statistischen Materials die Nachteile dieses Verfahrens, das jede Landtagswahl zu einem Sprung ins Dunkle macht. Demgegenüber stellt er eine eingehende und übersichtliche Darstellung der Verhältniswahl für das Landtagswahlverfahren, gibt hierbei bis aufs einzelste gehende, ausführliche Vorschläge und erläutert mit zahlreichen Beispielen den Gang dieses Verfahrens. Er kommt zu dem Schluß, daß die Einführung der Verhältniswahl für das Landtagswahlverfahren sicherlich einen Fortschritt bedeutet; in unser parlamentarisches Leben wird mit der Verhältniswahl eine viel größere Stetigkeit einziehen, als sie bis jetzt bestanden hat und bestehen konnte, und ein Element beständiger Beunruhigung und Sorge wird aus unserem öffentlichen Leben ausgeschaltet.

Für jeden Staatsbürger ist diese aktuelle und politisch bedeutungsvolle Schrift von größtem Interesse.

Kirchliche Statistik.

Nach einer im evangelischen Oberkirchenrat gefertigten Statistik besaß die badische Landeskirche auf 1. Januar 1912 im ganzen 422 Pfarrstellen, von denen 395 besetzt und 27 verwaltet wurden. Die Anzahl der geistlichen Stellen konnte im abgelaufenen Jahre um 4 weitere vermehrt werden. Einschließlich der Geistlichen bei der Armee (3) und an Staatsanstalten (4) weist die Landeskirche gegenwärtig 402 endgültig angestellte Geistliche auf, wozu noch 117 Pfarrkandidaten kommen, von denen 16 wegen Krankheit, Ableistung der Militärpflicht 2c. zurzeit nicht verwendet sind. Durch Tod sind 1911 abgegangen 4 aktive und 8 bereits im Ruhestand befindliche Pfarrer, sowie das Kollegialmitglied des Oberkirchenrats Geh. Oberkirchenrat Dr. Julius Zäringer. Infolge des noch nicht ganz behobenen Theologenmangels wurde aus Württemberg und aus Hessen je 1 Vikar übernommen. Die beiden Hauptprüfungen des Jahres 1911 bestanden 12 Kandidaten. 7 Pfarrer wurden in den Ruhestand versetzt und 1 Pfarrer und 4 unständige Geistliche zur wissenschaftlichen Fortbildung 2c. auf Ansuchen entlassen. Interessant ist auch, daß 2 Pfarrer auf ihre Pfarrei verzichteten und auf einer anderen, besseren Pfarrei zunächst als Pfarrverwalter sich verwenden ließen, in der Hoffnung, bei der nach Ausschreiben der Stelle stattfindenden Pfarrwahl auch gewählt zu werden.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

12. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 1. Februar.

Präsident Rohrhurst eröffnet die Sitzung nach ½10 Uhr.

Am Ministertisch: Staatsminister Dr. Freiherr von Dusch, die Minister Freiherr v. Bodman, Dr. Rheinboldt, Dr. Böhm.

Sekretär Willi verliest die Eingänge, unter denen sich mehrere Petitionen befinden.

Sodann tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Fortsetzung der allgemeinen Diskussion über das

Finanzgesetz.

Zunächst ergreift der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Böhm das Wort: Von verschiedenen Seiten des Hohen Hauses sind mir freundliche Worte der Begrüßung gewidmet worden. Dafür danke ich Ihnen. Besonders dankbar bin ich, daß fast alle Parteien erklärt haben, daß sie meinen Taten entgegen sehen wollen und erst dann ein Urteil fällen werden. Einen größeren Dienst können Sie einem neuen Minister nicht erweisen. Ich gehöre 15 Jahre dem Ministerium an und bin Ihnen kein Unbekannter mehr. Ich war der Ansicht, daß Sie mich kennen, und ich es daher nicht notwendig habe, von meiner politischen Stellung zu sprechen; auch die Anfeindungen der Zentrumspresse bei meiner Ernennung zum Minister hätten mich nicht veranlaßt, dies zu tun, denn so sehr ich die Bedeutung der Presse einschätze, so weiß ich auch, daß Zeitungsartikel auch nur einen Augenblickswert haben. Es ist aber in diesem Hause von verschiedener Seite erörtert worden, daß ich jungliberal sei. Abg. Dr. Zehnter hat in bescheidener Weise meine Abstammung als Jungliberaler von der Zentrumspresse auf die liberale Presse abgeschoben. Abg. König hat das für die liberale Presse nicht anerkannt und der Abg. Schmitt-Bretten hat sich erdreistet (Präsident Rohrhurst: Ich glaube, daß der Ausdruck „erdreistet" einem Abgeordneten gegenüber nicht zulässig ist.) Minister Böhm fortfahrend: mir den Vorwurf zu machen, daß ich nach meiner Ernennung zum Minister meine Gesinnung gewechselt habe. Nachdem, was nun hier geschehen ist, halte ich es nicht für ein Gebot der Wahrheit, sondern für ein Gebot meiner Ehre, hier auf diese Dinge einzugehen. Die Entdeckung, daß ich der Führer und Gründer der jungliberalen Richtung im Lande Baden sei, hat das Zentrum gemacht. Die „Badische Landeszeitung" hat das sofort bestritten und gesagt, daß dies nicht richtig sei, das hat aber die Zentrumspresse nicht gehindert, 4 Monate lang mich als Jungliberaler, Logenbruder, Großblockfreund, Kirchenfeind, Atheisten und zum Schlusse als Revolutionär zu bezeichnen. Auf die Frage, was ich denn verbrochen habe, ist mir lediglich der Vorwurf gemacht worden, daß ich zwei jungliberale „Untaten" verübt habe, einmal, daß ich die Tochter des altliberalen Führers Fieser geheiratet habe und daß ich ein Freund Dr. Obkirchers sei. Ich kann sagen, daß man durch die Verschwägerung und die Freundschaft mit bewährten altliberalen Führern selten jungliberal wird. Ich habe die Sache keineswegs tragisch genommen, sondern ich habe allen Anlaß, mich über diese jungliberalen Taten zu freuen und stolz darauf zu sein. Ich habe niemals eine jungliberale Versammlung mitgemacht und bin auch nicht in der Großblockpolitik tätig gewesen; ich habe aber niemals ein Hehl daraus gemacht, daß ich liberal gesinnt bin. (Bravo links.) Allerdings stehe ich nicht auf dem radikalen linken Flügel, sondern auf dem gemäßigteren rechten. Der Vorwurf, daß ich kirchenfeindlich bin, ist vollkommen ungerecht. Ich versichere Sie, daß ich auf meinem gegenwärtigen Posten nicht stehen würde, wenn ich nicht von jeher durchdrungen gewesen wäre und heute noch durchdrungen wäre davon, daß dem Volke unter allen Umständen die Religion erhalten werden müsse. Das will ich auch ferner tun. Auf dem Gebiete des Unterrichts werde ich die Bahnen des gemäßigten Fortschrittes weiter fortsetzen, die meine Vorgänger und Lehrer, Staatsminister Rock und Dusch gewandelt sind, auch auf die Gefahr hin, daß mich der Abg. Kolb als weiteres Exemplar eines überlebten „Altliberalen" in sein prähistorisches Museum aufnimmt. (Heiterkeit.) Nach diesen Erklärungen hoffe ich, daß die Abgg. Zehnter und Schmitt-Bretten zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß ich nicht meine politische Gesinnung geändert habe, sondern ihre Presse die unwahren und unberechtigten Behauptungen in dem Augenblick gegen mich eingestellt hat, in dem meine Ernennung zum Minister vollzogen war. Ich komme nun zu den sachlichen Ausstellungen des Abg. Zehnter, der meint, die Gründung eines besonderen Unterrichtsministeriums sei nicht das, was man beanstanden müsse, sondern beanstanden müsse man die Aufhebung des Oberschulrats; dazu sei nicht der geringste Grund vorhanden gewesen. (Der Minister legt nun die Arbeiten der einzelnen Respiziate auseinander und beweist dadurch die Notwendigkeit der Schaffung eines Unterrichtsministeriums und die Angliederung des Oberschulrats an dasselbe.) Warten Sie nur meine Taten ab und urteilen Sie dann. Die Frage, die Herr Abg. Rebmann angeregt hat, ob ein neues Gebäude für das Unterrichtsministerium errichtet werden soll, will ich heute noch nicht beantworten. Ueber die Frage des Antimodernisteneides führt der Minister aus: Ich hoffe, daß meine Erwiderung auf die Anfrage des Abg. Muser nicht etwa das Signal gibt, diese Debatte ins endlose zu verlängern. Es handelt sich darum, ob wir weiterhin eine theologische Fakultät haben oder nicht haben wollen, denn es ist doch nicht so, daß der Theologie-Professor den Antimodernisteneid nicht zu leisten hat, ehe er das Amt antritt, sondern daß künftighin die Theologie-Professoren aus den Kreisen der Priester zu nehmen sind, die bei ihrer Weihe den Eid bereits geleistet haben. Es ist klar, daß in einigen Jahren überhaupt keine Männer aus der katholischen Geistlichkeit zur Verfügung stehen werden, die diesen Eid nicht geleistet haben. Ich meine, es ist besser, wenn die Regierung klar und deutlich sagt, wie sie sich zu dieser Frage stellt. Ich kann Ihnen hier wiederholt sagen, daß ich die päpstlichen Erlasse bedauert habe, weil sie Beunruhigung in das Volk hineingetragen haben und zu Erörterungen geführt haben in der Presse und in Parlamenten. Wir haben Anlaß, einen Modus zu finden, mit dem wir uns abfinden können. Die katholische Fakultät in Freiburg hat sehr Gutes geleistet, sie hat eine Reihe von Männern geschaffen, die sich durchaus eins fühlen mit den Angehörigen der anderen Fakultäten. Die Regierung wird, wenn nicht von der anderen Seite die Sache unmöglich gemacht wird, niemals den ersten Schritt tun, hier eine Lösung von Staat und Kirche eintreten zu lassen. Dem Abg. Schmitt-Bretten möchte ich erwidern, die theologische Fakultät der Universität Heidelberg ist eine liberale. Die Jugend soll an den Universitäten Wissenschaft annehmen und sich nachher eine eigene Richtung bilden. Nach wie vor werde ich auf die wissenschaftliche Tüchtigkeit der Lehrer in erster Linie bei ihrer Anstellung Rücksicht nehmen; ferner werde ich mich den Wünschen der Professoren der betreffenden Fakultät anfügen.

Ich will noch einige Worte über die Versetzung des Herrn Professor Dr. Mayer von Ueberlingen nach Neustadt sprechen: Ich glaube, Abg. Dr. Zehnter würde Herrn Professor Mayer die größte Freundschaft erwiesen haben, wenn er diesen Fall hier nicht zur Sprache gebracht hätte. Ich möchte Sie bitten, mir zu erlassen, den Ausdruck, den Professor Mayer gegen den Herrn Oberamtmann von Ueberlingen gebraucht hat, hier zu wiederholen aus Rücksicht auf Professor Mayer. Ich kann nur sagen, er hat in ungeheurer Weise den Amtsvorstand beschimpft, in einer Weise, die ungebildet ist und deren sich Professor Mayer, wenn sie einer seiner Schüler gehört hätte, schämen müßte. Es ist unmöglich, daß ein Mann, der das in aller Oeffentlichkeit getan hat, noch in demselben Ort die Schule abhält. Ich will offen und klar den Herren zum Bewußtsein bringen, daß ich das nicht dulde. Ich bin der erste, der anerkennt, daß jeder Lehrer der Jugend eine politische Ueberzeugung haben muß und haben soll; ich will aufrechte Männer in der Schule, ich will aber keine Männer in der Schule haben, die die Politik in die Schule hineintragen. (Bravo!) Ich werde darauf halten, daß — die politische Gesinnung des betreffenden Lehrers in allen Ehren — im Wahlkampf ein Verhalten eingehalten wird, das mit der Würde des Lehrerstandes vereinbar ist. (Sehr gut!) Wenn das nicht der Fall ist, so werde ich in Zukunft genau so verfahren und die Lehrer versetzen. Es ist das keine Strafversetzung, sondern eine Versetzung wie jede andere. Ich kann nur bedauern, daß bei dem Abschied des Professors Mayer von Ueberlingen dieser zu einem politischen Märtyrer gestempelt wurde und daß bei diesem Abschied über den Herrn Amtsvorstand, der sich in der gemäßigsten Weise benommen hat, der abgesehen hat von einer Beleidigungsklage, Worte gefallen sind, die durchaus ungerecht sind. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Frank (Soz.): Wir haben ein sehr modernes Ministerium mit einer ganz hübschen Arbeitseinteilung: der Staatsminister hält die Reden gegen die Sozialdemokratie, der Minister des Innern und der Unterrichtsminister gegen das Zentrum und der Finanzminister läßt sich von allen Parteien das Geld bewilligen. (Heiterkeit.) Der Redner wendet sich dann dem letzten Reichstagswahlkampfe zu und klagt, daß den Sozialdemokraten die Säle abgetrieben und die Lokale verweigert wurden. Er erwähnt auch den Fall von Nordrach, wo ein katholischer Geistlicher den 40 Insassen der Lungenheilstätte das Wahlrecht rauben wollte, um sich dann mit dem Abg. Fehrenbach näher zu befassen; er erwähnt dabei ein von Lügen strotzendes Flugblatt des bayrischen Zentrums über die Reichsfinanzreform, in dem alle Steuern den liberalen Parteien in die Schuhe geschoben werden. Diese Mitteilung löste auf der Linken Entrüstung aus. Selbstverständlich wendet sich der Redner gegen die Sammlungspolitik, die nur eine Idee sei, gewachsen auf dem Boden des brutalsten Klassenkampfes. Der Großblock habe positive Arbeit geleistet. Es sei zu bedauern, daß der Ausdruck des Ministers v. Bodman von der „großartigen Bewegung" von sozialdemokratischer Seite mißbraucht worden sei. Abg. Frank verliest nun eine Stelle aus einem Briefe, den der Reichstagsabgeordnete Wittum am 20. November 1911 an einen Vertrauensmann des Zentrums geschrieben haben soll und in dem er die Unterstützung des Zentrums und der Konservativen erbeten haben soll. Abg. Dr. Frank entrüstet sich darüber sehr und verlangt von der nationalliberalen Parteileitung, sie möge den Abg. Wittum zur Niederlegung seines Mandats veranlassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Wittum das nicht tue, dann laufe er im Reichstag herum mit dem Makel auf der Stirne, sich sein Mandat nicht erkämpft, sondern erschlichen zu haben, denn von der Nationalliberalen Partei sei immer wieder erklärt worden, die Unterstützung des Zentrums sei nicht erbeten worden, sondern das Zentrum habe sie selbst angeboten. Die Sozialdemokratie sei bereit, im Reichstage zu arbeiten und wenn die Nationalliberale Partei wolle, könne sie die Unterstützung der Sozialdemokratie in einer Reihe von Fragen finden, so bei der Reform der Geschäftsordnung, bei der Verantwortlichmachung des Reichskanzlers und der Minister, Aenderung der Wahlkreiseinteilung, unter deren Ungerechtigkeit die Liberalen mehr zu leiden hätten als die Sozialdemokraten, bei der Abschaffung der Futtermittelzölle, bei der Einführung der Erbschaftssteuer, bei der Abschaffung der Zündholz- und der Fahrkartensteuer. Nach einigen Auslassungen über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den übrigen Parteien befaßt sich Abg. Frank sehr eingehend mit der vorgestrigen Rede des Staatsministers Dr. Freiherrn v. Dusch und bemerkt, sie sei sehr unklar und verworren und für die Sozialdemokratie verletzend gewesen. Frank macht dem Staatsminister Vorwürfe wegen seiner Aeußerung über den Pforzheimer Streik und kommt dann auch auf das preußische Dreiklassenwahlrecht zu sprechen. Die Sozialdemokratie werde es im badischen Landtag nicht ablehnen, mitzuarbeiten, wann und wo es ihr möglich sei. Die Rede Dr. Franks klang in eine Art Mißtrauensvotum gegen den Staatsminister aus.

Staatsminister Dr. Freiherr v. Dusch wendet sich gegen die Auslassungen des Abg. Dr. Frank in einer sehr langen Rede. Dabei betont er auf eine Anspielung Franks nochmals, er sehe keinen Grund ein, warum er das Zentrum von der Mitarbeit ausschließen solle. Richtig sei, daß der Großblock gute Arbeit geleistet habe, aber in einer Reihe von Fragen habe die Sozialdemokratie versagt und dies sei Grund genug für die Regierung, sich nicht auf eine Koalition (aus Sozialdemokraten und Liberalen) zu stützen, deren Charakter unklar sei. Die badische Regierung sei nach wie vor gegen Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft. Wenn Frank meine, die badische Regierung habe ihre Haltung geändert wegen eines Windes, der von Norden herkomme, so sei zu entgegnen, daß dieser „Wind vom Norden" erst erfunden werden müsse. Von der Reichsregierung werde grundsätzlich auf die Regierungen der Bundesstaaten kein Druck ausgeübt. Der Staatsminister verteidigt seine Aeußerungen über den Pforzheimer Streik; seine Ansichten darüber stimmen mit denen sehr vieler Pforzheimer überein. Der Minister freut sich darüber, daß Dr. Frank und die sozialdemokratische Partei auch diesmal im Landtag mitarbeiten wollen. Sodann polemisiert der Minister gegen eine Aeußerung des „Volksfreund", in der der Staatsminister angegriffen und von ihm gesagt wird, sein politischer Horizont sei nicht größer als der eines Bureaudieners; ferner zieht der Minister einen Artikel der „Volksstimme" an, der ebenfalls sich mit ihm befaßt, aber humorvoller und daher nicht so verletzend geschrieben ist. Der Staatsminister läßt sich des weiteren auf die Preßäußerungen der letzten Tage über die politische Lage in Baden ein und verwahrt sich gegen den dabei ihm gemachten Vorwurf, er habe seinen Kollegen Bodman im Stiche gelassen; dies sei nicht der Wahrheit entsprechend und Minister Bodman habe selbst gesagt, was er für notwendig gehalten habe; er habe vor ihm die größte Hochachtung. Abg. Fehrenbach habe gestern eine versöhnliche Note angeschlagen; dies sei zu begrüßen. Fehrenbach sollte dazu beitragen, daß in seiner Presse eine durchaus einwandfreie Erklärung abgegeben werde für den Minister des Innern. Es wäre sehr angenehm, wenn Herr Fehrenbach das, was er in dieser Hinsicht hier gesagt hat, zur Wirklichkeit machen würde.

Abg. Rebmann (natl.) meint, vorläufig solle man den vom Reichstagsabgeordneten Wittum an einen Vertrauensmann des Zentrums gerichteten Brief mit Vorsicht aufnehmen; der Abg. Dr. Frank könnte eigentlich wissen, was es mit solchen Briefen oft für eine Bewandtnis habe; solche Sachen müsse man sehr mit Mißtrauen aufnehmen. Wenn der Brief wirklich den Inhalt hätte, wie hier angegeben worden sei, so würde er und seine Partei ihn verurteilen, und zwar scharf verurteilen, denn er stehe im vollsten Widerspruch mit der Erklärung des Reichstagsabg. Wittum. Wittum ist 68 Jahre seines Lebens die Wahrhaftigkeit selbst gewesen und hier in diesem Hause eines jener Mitglieder, die sich der uneingeschränktesten persönlichen Hochachtung und Wertschätzung aller Parteien erfreuten. Auch jetzt haben wir noch das Zutrauen zu ihm, daß er nicht einen Schritt unternimmt, der im Widerspruch steht mit der Wahrheit. Wir werden den Sachverhalt genau prüfen und untersuchen und dann Bescheid geben. Abg. Rebmann unterstreicht die Worte des Abg. König hinsichtlich der Person des früheren Ministers Freiherrn v. Marschall. Die Aeußerungen des Unterrichtsministers Dr. Böhm über die Versetzung des Professors Mayer von Ueberlingen seien von der nationalliberalen Fraktion angenehm empfunden worden, auch die, die der Minister im allgemeinen sagte, daß jeder Staatsbürger seine freie politische Meinung haben solle, daß er diese Ueberzeugung aber in einer seiner Stellung und seinem Ansehen würdigen Weise vertreten solle, daß er sich dabei die erforderliche Reserve auferlegen solle.

Ich habe über das, was der Staatsminister über meine Aeußerung zur Finanzlage gesagt hat, einen gewissen Vorwurf als zu großer Optimist herausgehört; er hat mich hingestellt, als ob ich der allergrößte Optimist sei. Ich halte daran fest, daß niemals der Pessimist, sondern der Optimist Recht behält. Auf die Reden der Abgg. Schmidt-Bretten und Fehrenbach eingehend, betont der Redner, daß das Zentrum den Bülowblock gesprengt hat, um zur Machtstellung zu kommen. Das sei unedel; derartige Motive sollten bei der Steuergesetzgebung keine Rolle spielen. Bei der Steuergesetzgebung muß den Abgeordneten klar werden, daß die Steuern aus reinen Motiven lediglich aus dem Bedürfnis des Staates heraus gemacht werden. Hier aber haben andere Motive den Ausschlag gegeben und das hat das Gift in die ganze Sache hineingetragen. Was von den Abgg. Dr. Zehnter und Fehrenbach gesagt wurde gegen die Erbschaftssteuer, würde sich gegen das Prinzip der Erbschaftssteuer überhaupt richten; das hätten die beiden Abgeordneten sagen sollen, als sie im Reichstag dafür stimmten und hätten es hier sagen sollen, als wir vor wenigen Wochen im badischen Landtag den Zuschlag zur Reichserbschaftssteuer bewilligt haben. Die Frage der Liebesgabe hat eine sehr ausgedehnte Besprechung gefunden. Dreimal wurde in diesem Hause von der Regierung aus darüber gesprochen. Ich habe diese drei Erklärungen nicht in Einklang bringen können. (Sehr richtig! links.) Auch nach der materiellen Seite der Sache sind in diesen drei Erklärungen der Regierungsbank Widersprüche enthalten, die bis heute noch nicht gelöst sind. Unsere Stellung dazu ist folgende: Wir erklären, daß das Uebergangsstadium, um dessenwillen die „Liebesgabe" seinerzeit gewährt wurde, längst überwunden ist und die Liebesgabe selbst ihre Berechtigung verloren hat. Wir haben gegen ihre Beseitigung keine Bedenken; ihre Abschaffung soll aber nicht plötzlich, sondern nach und nach im Raume einer gewissen Zeit erfolgen. Daran ändert aber nichts, daß kleine Kürzungen bei jeder neuen Kontingentierung vorgenommen werden sollen. Wir erkennen an, daß die süddeutsche Brennereiindustrie und ganz besonders die kleinen Brenner und die Zwergbrenner durchaus des Schutzes bedürfen und dieser Schutz muß unserer Meinung nach erhalten bleiben.

Uebergehend auf die Anleihepolitik gibt der Redner seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß das Verantwortlichkeitsgefühl immer größer wird und daß man sich immer eindringender fragen wird, wie weit die Zukunft für die Aufgaben der Gegenwart in Anspruch genommen werden kann. Auf diesem Kapitel gehe man jetzt schon viel vorsichtiger vor als in früheren Zeiten. Der Redner betont ferner, die Nationalliberale Partei wolle nach wie vor von einer Trennung von Kirche und Staat nichts wissen. Die Frage der Dotation werde erst den nächsten Landtag wieder beschäftigen, aber heute könne er schon erklären, wie er das ja schon früher getan habe, daß seine Partei der Bewilligung der Dotation wohlwollend und freundlich gegenüberstehen werde, sich dabei selbstverständlich jedes Maß der Prüfung vorbehaltend.

Der Redner kommt dann auf die Wahlagitation zu sprechen und wundert sich über die Entrüstung des Abg. Fehrenbach wegen des Flugblattes „Fürchtet Ihr den schwarzen Mann", das in Freiburg verbreitet worden sei; er (Redner) habe ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

glaubt, daß sich der Abg. Fehrenbach nicht auf den Standpunkt der „Freiburger Tagespost“, des „Freiburger Boten“ und des „Badischen Beobachter“ stellen würde, sondern sei der Ansicht gewesen, daß Abg. Fehrenbach auch noch etwas Witz verstehe. Dagegen sei es aber sehr zu beklagen, wenn der „Badische Beobachter“ schreibe, der Reichstagsabg. v. Schulze-Gaevernitz sei geistig nicht mehr normal. Die Behandlung, die das Zentrum dem liberalen Kandidaten und dem Prorektor der Freiburger Universität zuteil werden ließ, sei unerhört und unübertroffen. Abg. Rebmann tritt dann in sehr warmer Weise für die Besserstellung der Arbeiter ein, zu der Land und Reich beitragen müßten, wie überhaupt der Schutz der Schwachen die höchste Pflicht des Parlaments sei. (Sehr richtig!) Weiter begrüßt der Redner die Worte Kolbs bezüglich der Zusammenarbeit und des Bekenntnisses, die Sozialdemokratie sei eine auf dem Boden der Verfassung stehende Reformpartei der Arbeiterschaft Hinsichtlich der Sammlungspolitik unterstreicht Abg. Rebmann die Ausführungen Königs im Namen der Fraktion. Wenn der Staatsminister vor zwei Jahren nicht sonderlich entzückt war vom Großblock, so sei das zu erklären, denn damals wußte er noch nicht, wie es gehen werde; daß er sich aber nun, nachdem er aus seiner Hand Gesetze entgegengenommen habe, so äußere, sei nicht recht verständlich. Der Redner verweist auf Bayern und Elsaß-Lothringen, wo der Großblock im Begriffe sei, zu entstehen. Zum Schlusse machte Abg. Rebmann die Sozialdemokratie auf die große Verantwortung aufmerksam, die ihrer im Reichstag harre.

Schluß halb 2 Uhr. Fortsetzung halb 4 Uhr.

12. Sitzung.

Präsident Rohrhurst eröffnet die Nachmittagssitzung um halb 4 Uhr.

Das Haus fährt in der allgemeinen Diskussion

der Finanzdebatte

fort.

Abg. Venedey (Fortschr. Vpt.) ist nicht wie der Präsident der Ansicht, daß diesmal der Landtag eher mit seinen Arbeiten fertig werde als das letztemal. Auch diesmal werden wir wieder bis tief in den Sommer hinein beraten müssen. Es ist nicht angängig, daß der Landtag erst Ende November oder Dezember einberufen wird; denn dann müßten wieder wichtige Interpellationen und Anträge, Hunderte von Petitionen usw. in einem wahren Schnellzugstempo erledigt werden zum Nachteile unseres Landes und Volkes. In Karlsruhe werde Geld für alles mögliche ausgegeben, für das Land habe man keines. Nochmals übt der Abg. Venedey an dem Entscheid, den die Regierung bezüglich des Bahnhofes in Konstanz getroffen hat, Kritik, um dann auf den Antimodernisteneid überzugehen. Auch er sei wie sein Freund Muser mit der Stellung, die die badische Regierung dazu eingenommen hat, nicht einverstanden, sei doch die preußische Regierung darüber erstaunt. Für den Großblock bricht der Redner eine Lanze und kommt dann auf die Wackersche Taktik zu sprechen, der darauf ausgegangen sei, den Großblock zu sprengen. Am besten habe sich dies gezeigt in Pforzheim, was sehr zu bedauern sei. Wenn es wirklich wahr sei, wie heute vormittag Abg. Dr. Frank vorgelesen habe, daß Reichstagsabg. Wittum die Hilfe des Zentrums erbeten habe, so sei das sehr zu verurteilen. Wenn die Fortschrittliche Volkspartei davon auch nur das geringste gewußt hätte, wäre sie dagegen ganz energisch eingeschritten. Noch trauriger als das Verhalten Wittums sei das des Zentrums, das diesen Brief nun veröffentliche. Erst habe diese Partei Wittum gefeiert als christlichen Bannerträger, als gemeinschaftlichen Kandidaten, der sich große Verdienste erworben habe um unsere Gesellschaft und um die Erhaltung des monarchischen Gedankens, und nun habe sie diesen Brief veröffentlicht, um den Mann zu kompromittieren. Da weiß man wirklich nicht, worüber man sich mehr wundern und entrüsten solle, über Wittum oder über das Zentrum, das dem Wittum eine Falle gestellt hat und ihn, nachdem er in dieselbe gegangen, nun öffentlich blamiere. Der Redner spricht sodann seine Genugtuung über die Zusagen zum Großblock aus, die die Abgg. Kolb, König, Dr. Frank und Rebmann gegeben haben, und beschäftigt sich mit der deutschen Auslandspolitik, dabei die Forderungen und Ansichten der Demokratie unterstreichend. Ferner befaßt er sich mit den Erwiderungen des Staatsministers auf die Ausführungen der Abgg. Kolb und Dr. Frank, wie er überhaupt an dem Verhalten der badischen Regierung in verschiedenen Fragen lebhafte Kritik übt. Weiter polemisiert er gegen die Zentrumsredner und das Zentrum, das den schwarz-blauen Block dreimal verrate, ehe der Hahn einmal krähe. Wir müssen noch sehr viel lernen, bis wir politisch soweit sind wie das Zentrum.

Abg. Venedey beleuchtet dann in ausgezeichneter Weise die Monarchentreue des Zentrums und ist erfreut über die Erklärung des Abg. Kolb, daß seine Partei eine auf dem Boden der Verfassung stehende Reformpartei sei; es sei unendlich bedauerlich, daß die Regierung die ihr dargebotene Hand nicht ergriffen habe. Die Regierung hätte in ihrem eigensten Interesse die ihr hier so schön dargebotene Hand nicht zurückweisen sollen. Der Redner bedauert die Versetzung des Oberamtmannes Arnsperger nach Staufen, weil er in einer geschlossenen liberalen Versammlung aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, sondern seiner Meinung und Ansicht offen und ehrlich Ausdruck verliehen habe. Die Regierung sollte durch ihre Angriffe in der „Karlsruher Zeitung“ auf den Großblock sich nicht die Möglichkeit versperren, überhaupt noch liberale Politik treiben zu können; oder wolle sie vielleicht mit Männern wie Dr. Schofer (Dieser ruft dazwischen: „Das haben Sie schon oft in Wahlversammlungen droben am See gesagt!“) oder mit Dr. Zehnter oder auch Banschbach liberal regieren? Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen bespricht der Redner das gestern schon angedeutete Flugblatt im Konstanzer Wahlkreis und den „Händedruck“ des Ministers des Innern anläßlich der Wahl des Abg. Geiß zum Vizepräsidenten; eine derartige Kampfesweise sei sehr unnobel und kleinlich. Ueber den Ausfall der letzten Reichstagswahlen meint der Redner, die Ausführungen des Abg. Dr. Zehnter darüber seien eines kleinen Lokalblättchens würdig gewesen, aber nicht eines Mannes und Politikers von dem Wissen und der Bedeutung Dr. Zehnters; er habe dieses Kapitel sehr oberflächlich behandelt. Das Zentrum habe doch zehn Mandate verloren, da sei es nicht angebracht, zu jubeln. Wenn die Liberalen einige Mandate verloren haben, so sei das nicht zuletzt auf die ungerechte Wahlkreiseinteilung zurückzuführen. Wenn das Zentrum unter dieser Wahlkreiseinteilung so zu leiden hätte wie die Liberalen, dann solite man sie einmal schreien hören. Das Anschwellen der Sozialdemokratie erfülle uns mit arger Sorge; denn durch diese Stimmenzahl werde die Größe der Unzufriedenheit in Deutschland zum Ausdruck gebracht. In England z. B. sei die Sozialdemokratie nicht so angewachsen. Unser Staatswesen müsse daher einer gesunden, durchgreifenden Reform unterzogen werden. (Bravo! bei der Fortschr. Volkspartei.)

Minister Freiherr von und zu Bodman will dem Vorredner nicht auf den außerbadischen Gebieten folgen, sondern tritt nur dessen Aeußerung entgegen, als sei der Umstand, daß noch keine neue Wahlkreiseinteilung vorgelegt worden sei, ein Eingriff in die Verfassung; das sei nicht so. Der Minister verteidigt die Haltung der „Karlsruher Zeitung“ in ihren Auseinandersetzungen mit der Berliner „Post“. Der betreffende Artikel sei keine Regierungsäußerung gewesen, sondern nur eine Auslassung der Redaktion, die sich ihrerseits bemüht, in der von der Regierung eingeschlagenen Richtung Politik zu treiben. Der Herr Staatsminister habe die von der Sozialdemokratie dargebotene Hand nicht zurückgewiesen, sondern dargelegt, daß zwischen der Regierung und der Sozialdemokratie eine ziemlich breite Kluft bestehe; die Auslassungen des Abg. Venedey über diesen Punkt seien daher nicht richtig. Es ist früher schon auch an dieser Stelle hingewiesen worden, daß die Sozialdemokratie heute schon tut, als wenn keine Monarchie vorhanden sei; daher sei es nicht zu verwundern, wenn der Herr Staatsminister den Worten des Abg. Kolb, die Sozialdemokratie sei eine auf dem Boden der Verfassung stehende Reformpartei, nicht allzu großen Wert beimißt. Der Minister wiederholt dann bezüglich der Haltung der „Karlsruher Zeitung“ gegenüber dem Großblock seine gestern über dieses Gebilde gemachten Aeußerungen; desgleichen verteidigt der Minister die „Maßregelung“ des Oberamtmannes Arnsperger, wie er es im Verlaufe der Finanzdebatte bereits einmal getan. Der politische Beamte habe die politische Richtung seines vorgesetzten Ministers zu befolgen. (Hört! Hört!) Der Minister kann nicht finden, daß er da gegen seine Pflicht oder gegen die Verfassung verstoßen habe. Ueber die Frage, wie die Regierung denke über eine klerikal-konservative Mehrheit, meint der Minister, solle man sich heute den Kopf nicht zerbrechen.

Abg. Schmitt-Bretten (B. d. Landw.) polemisiert gegen den Kultusminister Dr. Böhm, dem er in seiner gestrigen Rede keinen Gesinnungswechsel vorgeworfen habe, ferner gegen die Abgg. Rebmann und Venedey.

Finanzminister Dr. Rheinboldt entgegnet dem Abg. Fehrenbach, der meinte, der Minister hätte schon früher seiner Ansicht über die Branntweinliebesgabe Ausdruck geben sollen. Abg. Dr. Frank habe ihn dieser Aufgabe heute vormittag enthoben. Wenn man über die Finanzreform spreche, so müsse man die Reichsfinanzreform als ganzes beurteilen und auch unter dem Gesichtspunkt, daß sie in dringender Not eine Lösung gebracht habe, als man schon die Hoffnung auf die Möglichkeit dieser Lösung aufgegeben hatte. Sehr erfreut ist der Minister über die Aeußerung Fehrenbachs, daß künftighin keine Ausgaben mehr bewilligt werden sollen, ehe nicht die Deckung dafür aufgebracht ist. Diesen Grundsatz solle man nun nicht nur für das Reich, sondern auch für Baden gelten lassen. Die Regierung sei bereit, die direkten Steuern auszubauen. Die Frage sei nun die, ob die direkten Steuern den Bundesstaaten belassen werden oder ob dem Reich Eingriffe in die direkten Steuern gewährt werden sollen. Das sei aber nicht zu empfehlen, denn dabei würde keiner satt. Hinsichtlich der Auslassungen über die Branntweinliebesgabe verweist der Minister auf seine Darlegungen in der gestrigen Sitzung. Die Einberufung des Landtags richtet sich nach der Aufstellung des Budgets. Da in dieser Hinsicht eine Aenderung eingetreten ist, wird es kaum möglich sein, den Landtag zu einem früheren Termin einzuberufen; die Rechnungsabschlüsse werden erst Mitte Oktober vorgelegt und so könne das Budget nicht vor November aufgestellt werden.

Abg. Dr. Zehnter (Ztr.) macht einige Bemerkungen zur Branntweinliebesgabe.

Finanzminister Dr. Rheinboldt entgegnet dem Vorredner. — Die Finanzdebatte ist erledigt.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung Montag nachmittag 4 Uhr.

Tagesordnung: Begründung und Beantwortung der Interpellationen der Abgg. Geck und Genossen betreffend die Verteuerung der Fleischkost und die Fleischversorgung des Landes, ferner der Abgg. Rebmann und Genossen betreffend die allgemeine Teuerung, insbesondere der wichtigsten Lebensmittel. (Wenn die Beratung dieser Interpellationen am Montag zu Ende geführt werden kann, beginnt das Haus am Dienstag mit der Beratung des Budgets: Staatsministerium, Ministerium des Kultus und Unterrichts.)

---

oc. **Besuch der Höheren bad. Lehranstalten.** Aus einem an die Zweite Kammer gelangten Bericht geht hervor, daß der Besuch der Höheren Lehranstalten in Baden bei den humanistischen nur eine geringe, bei den Realanstalten dagegen eine sehr erhebliche Steigerung aufweist. In den letzten 10 Jahren hat sich die Zahl der humanistischen Anstalten nur um eine vermehrt, während es nunmehr statt 3 Realgymnasien und Oberrealschulen wie vor 10 Jahren 7 Realgymnasien und 8 Realschulen gibt. Die Schülerzahl dieser beiden Anstalten hat sich von 1395 auf 3052 und von 3745 auf 4556 vermehrt. Vor 10 Jahren gab es 14 Gymnasien mit 4557 u. 2 Progymnasien mit 235 Schülern. Die letzteren sind inzwischen in Gymnasien umgewandelt worden, während neue Progymnasien nicht errichtet wurden. Die Zahl der Gymnasien beträgt jetzt nach der Errichtung eines zweiten Gymnasiums in Freiburg 17. Die Ursache der stärkeren Zunahme des Besuchs der Realanstalten ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Reifezeugnisse aller neunklassigen Anstalten seit 6 Jahren gleichberechtigt sind. — Eine erhebliche Besuchssteigerung haben in den letzten 10 Jahren auch die Höheren Mädchenschulen erfahren, deren Zahl von 7 auf 12 in die Höhe gegangen ist. Zur Abhilfe des Lehrermangels wurden im Jahre 1904 zwei weitere Vorseminare und ihm Jahre 1907 zwei neue Lehrerseminare errichtet. Diese Anstalten sind in den letzten Jahren derart stark besucht, daß nicht mehr alle angemeldeten Schüler aufgenommen werden können. Auch die Schülerzahl der Lehrerinnenseminare hat in den letzten 10 Jahren erheblich zugenommen, obgleich der Lehrerinnenberuf schon seit langem überfüllt war.

Großh. Hoftheater zu Karlsruhe.

Freitag, den 2. Februar 1912.

36. Abonnements-Vorstellung der Abteilung B (gelbe Abonnementskarten).

Wegen Erkrankung von Felix Baumbach statt **„Penthesilea“**

Nora.

Schauspiel in drei Aufzügen von Henrik Ibsen.

Regie: Otto Kienscherf.

Große Pause nach dem zweiten Akte.

Kasse-Eröffnung 7 Uhr.

Anfang: ½8 Uhr. Ende: 10 Uhr.

Preise der Plätze: Balkon: I. Abteilung ℳ 5.—, Sperrsitz: I. Abteilung ℳ 4.— usw.

Karlsruher Kunstleben.

Großh. Hoftheater.

5. Abonnementskonzert des Großh. Hoforchesters.

Infolge starker Beschäftigung wird Hofkonzertmeister Deman statt des angekündigten Regerschen Violin-Konzertes das A-Dur-Konzert von Mozart zum Vortrag bringen. Das Regersche Konzert wird im Anfang nächster Saison zur Aufführung gelangen.

Spielplan.

Freitag, 2. Febr. Wegen Erkrankung von Felix Baumbach wird heute Freitag, abends halb 8 Uhr, statt „Penthesilea“ Ibsens Schauspiel in 4 Akten „Nora“ in Szene gehen.

Samstag, 3. Febr. 19. Vorstellung außer Abonnement. Ermäßigte Preise. „Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand“, Schauspiel von Goethe. ½8 bis ½12.

Sonntag, 4. Febr. A. 36. „Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg“ in 3 Akten von Wagner. 6 bis gegen 10.

Montag, 5. Febr. C. 38. „Der Barbier von Sevilla“, komische Oper in 2 Akten von Rossini. ½8 bis ¾10.

Eintrittspreise:

am 4. Februar Balkon 1. Abteilung 8 ℳ, Sperrsitz 1. Abt. 6 ℳ;
am 5. Februar Balkon 1. Abteilung 6 ℳ, Sperrsitz 1. Abt. 4 ℳ 50 ₰.
am 2. Februar Balkon 1. Abt. 5 ℳ, Sperrsitz 1. Abt. 4 ℳ;
am 3. Februar Balkon 1. Abt. 2 ℳ 50 ₰, Sperrsitz 1. Abt. 2 ℳ.

Konzert des Bachvereins.

Ueber die beiden Bachkantaten sowie das Mozartsche Requiem erschien schon vor einigen Tagen eine eingehende Vorbesprechung. Es erübrigt nur noch über die Aufführung dieser Werke zu referieren, die am Mittwoch in der evangelischen Stadtkirche stattfand. Bach ist in den letzten Jahrzehnten, ebenso wie Händel, dem der verstorbene Hofkirchenmusikdirektor Giehne hier den Weg geebnet hat, „kultiviert“ worden. Mottl hat hier Bach wieder eingeführt. Der Bachverein unter Herrn Brauers Leitung hat das Erbe in treue sorgliche Hut genommen. Fast jedes Konzert des Vereins weist ein Werk von Bach auf. Vorgestern bekam man die Kantaten „O Jesu Christ“ und die Mariä-Kantate „Wie schön leuchtet der Morgenstern“ zu hören. Unsere Dirigenten — man soll ihnen das nicht verargen — wollen Bach ihrer Konzertgemeinde „mundgerecht“ machen. Sie wollen Bachs Werke „modern“ ausdeuten. Die Ansichten über die Art der Wiedergabe der Bachschen Werke sind ja noch sehr im Fluß. Mit der Zeit läßt sich aber sicherlich ein Weg finden, der auch jenen genehm sein dürfte, die verlangen, Bach „original“ aufzuführen. Dies ist beispielsweise bei der Begräbniskantate „O Jesu Christ“ schlechterdings unmöglich. Es ist bei ihr in doppelter Besetzung ein Instrument verwendet, Lituus, das wir heute überhaupt nicht mehr kennen. Ein Blechinstrument wird es wohl gewesen sein, denn man hat später die Stimme im Nachlaß eines „Zinkenbläsers“ gefunden. Besonders wichtig bei der Aufführung von Bachschen Werken ist selbstverständlich die Frage der dynamischen Schattierungen. Nur in wenigen Werken hat in dieser Hinsicht Bach seine Meinung kund getan. Der Bachdirigent muß wissen, daß die Dynamik, die wir heute bei dem Orchesterkörper erzielen, Bach unbekannt war, da die unzulängliche Konstruktion der Instrumente sie ausschloß. Bach verwirklichte die Dynamik durch Hinzufügen oder Weglassen ganzer Instrumentengruppen. Ebenso ist in vielen Fällen noch nicht die Solisten- und Ripienistenfrage gelöst. Eines ist gewiß: bei Bach ging Solo- und Chorgesang in anderer Weise in einander über, als unser Ohr es heute gewöhnt ist. Daß Hofkirchenmusikdirektor Brauer dem Thomaner feinstes Verständnis entgegenbringt, bewies schon eine ganze Reihe seiner Konzerte. Im letzten wäre wünschenswert gewesen, daß bei der Mariakantate der cantus firmus, durch ein Dutzend Knabenstimmen verstärkt, sich deutlicher abgehoben hätte, denn er ist der Pfeiler, um den sich das Figurenwerk der anderen Stimmen rankt. Unsicher klang die Einleitung zur ersten Kantate. Der rasch eingetretene Witterungsumschlag mag wohl bei der Reinheit der Intonation hindernd im Wege gewesen sein. Die durchweg zu schwach registrierte Orgel entzog den Werken oft das Fundament. — Von der Oper her kennt man Herrn Siewert als einen vorzüglichen Tenor, der mit seiner hohen Kunst all seine Vorgänger in den Schatten stellt. Herr Siewert verzichtet auf den äußeren Effekt. Mit seiner wundersamen weichen und überaus vorzüglich geschulten Stimme kann sein Mund, wie es in der Kantate heißt: „Herz und Sinnen, lebenslang mit Gesang, erheben.“ Zu bedauern war, daß die herrliche Arie, die Herr Siewert sang, gekürzt war. Die übrigen Solisten, die das Quartett vervollständigten, waren Frau Klupp-Fischer — Sopran, Frau Goldschmidt — Alt und Kammersänger Büttner — Baß. Frau Klupp-Fischer ist von den Bachvereinskonzerten her bestens bekannt. Ihre wohltönende, edel ausgeglichene Sopranstimme besitzt genügend Leichtigkeit, um das Passagenwerk eines Bach zu bewältigen, wie auch die pastose, festgeformte Altstimme der Frau Goldschmidt mit großem Wohllaut sich in das klangschöne Vokalquartett weich einschmiegte, bei dem Herrn Büttners schwere, fast zu dramatisch behandelte Stimme das Fundament bildete. Wenn man das Requiem von Mozart, das noch auf dem Programm stand, nicht als die bedeutendste Schöpfung seiner „Kirchenmusiken“ ansehen will, so muß man sie aber doch neben die bedeutendste, die große C-Moll-Messe stellen. Beide teilen bekanntlich das gleiche Schicksal. Beides sind Torsi. Wir wollen uns glücklich schätzen, daß sie uns erhalten blieben. Gleichviel in welcher Gestalt. Beides sind Meisterwerke, wie sie seither kein Erdengeborener mehr schuf. Die ganz hervorragende Wiedergabe des Requiems durch den Bachverein erzielte eine außerordentlich tiefe Wirkung. Der Großherzog, sowie Prinz Max, der Protektor des Bachvereins, wohnten dem Konzert bei. Die Stadtkirche, in der das Konzert stattfand war überfüllt. —r.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Warenmarkt.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse

vom 1. Februar.

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Barzahlung per 100 kg bahnfrei.

Weizen, Pfälzer, neu	22.50	bis	22.75
„ norddeutscher	23.25	„	—.—
„ russ. Azima	24.25	„	24.50
„ Ulka	23.75	„	24.25
„ Krim Azima	25.50	„	25.75
„ Taganrog	23.75	„	24.25
„ Saronska	—.—	„	—.—
„ rumänischer	24.—	„	24.75
„ am. Winter	—.—	„	—.—
„ Manitoba IV	23.75	„	24.—
„ La Plata	23.50	„	23.75
Kernen	22.50	„	—.—
Roggen, Pfälzer	20.25	„	—.—
„ russischer	20.75	„	—.—
„ norddeutscher	—.—	„	—.—
Gerste, hiesige	22.25	„	22.75
„ Pfälzer	22.25	„	22.75
Russ. Futtergerste	17.85	„	18.—
Hafer, badischer neuer	20.25	„	20.75
„ russischer	20.75	„	21.75
„ La Plata	18.75	„	19.25
Mais, Donau (alt)	19.—	„	19.50
„ Odessa, ½ alt, ½ neu	18.50	„	18.75
„ La Plata	—.—	„	—.—
Kohlreps, deutscher	—.—	„	—.—
Wicken	22.—	„	—.—
Kleesamen, Luzerne ital.	120.—	„	130.—
„ Provenc.	132.—	„	142.—
„ Esparsette	60.—	„	65.—
Pfälzer Rotklee	164.—	„	168.—
Italiener Rotklee	136.—	„	147.—
Leinöl, mit Faß	83.—	„	—.—
Rüböl, in Faß	74.—	„	—.—
Backrüböl	80.—	„	—.—
Fein-Sprit, Ia, verst. 100 %	189.50	„	—.—
„ „ Ia, unverst. 100 %	65.—	„	—.—
Roh-Kartoffel-Sprit, verst. 80/88	186.80	„	—.—
„ „ „ unverst. 80/88	62.30	„	—.—
Alkohol, hochgr., unverst. 92/94	64.80	„	—.—
„ „ „ 88/90	63.80	„	—.—

Weizenmehl	Nr. 00	0	1	2	3	4
	33.75	32.75	30.75	29.25	27.75	23.75

Roggenmehl, Nr. 0 29.—, Nr. 1 26.50.

Tendenz: Getreide ruhig.

Mannheim, 1. Februar. Plata-Leinsaat Mk. 38.50 disponibel, norddeutsche Leinsaat Mk. 32.50—35.—, je nach Qualität, mit Sack waggonfrei Mannheim.

Futterartikel-Notierungen.

Kleeheu M. 10.50, Wiesenheu M. 9.50, Stroh M. 4.50, Weizen-Kleie M. 13.50, getr. Treber M. 15.—. Alles per 100 Kilo.

Industrien.

k. **Mannheim,** 31. Jan. In der heute vormittag 11 Uhr abgehaltenen Generalversammlung der vereinigten Speyerer Ziegelwerke A.-G. Speyer-Mannheim, wurden die Vorschläge der Verwaltung einstimmig genehmigt. Wie wir hörten, sollen die Aussichten günstige sein.

k. **Mannheim,** 31. Jan. Im Bericht der Direktion der Badischen Ziegelwerke A.-G. Brühl wird über das Geschäftsjahr 1910/11 ausgeführt: Der in unserem vorjährigen Bericht erwähnte Preisrückgang hat im abgelaufenen Jahre noch weitere Fortschritte gemacht und die Preise unter die Selbstkosten herabgedrückt, so daß es unmöglich war, ein günstiges Resultat herbeizuführen. Die Bilanz ergibt einen Ueberschuß von 9567 ℳ gegenüber 51 374 ℳ Verlust im Vorjahre, der durch die inzwischen erfolgte Zusammenlegung des Aktienkapitals beseitigt wurde. Nach Abzug der Abschreibungen in Höhe von 8994 ℳ (12 021) werden 573 ℳ auf neue Rechnung vorgetragen. In der Generalversammlung wurden alle Punkte genehmigt.

Schiffahrt.

Hamburg—Amerika-Linie.

Hamburg, 31. Jan. Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach Neuyork: 3. Febr. „President Grant“, 10. Febr. „Pennsylvania“, 17. Febr. „Amerika“, 24. Febr. „President Lincoln“, 2. März „Graf Waldersee“, 7. März „Batavia“, 14. März „President Grant“, 21. März „Pennsylvania“. Nach Boston: 14. Febr. „Bethania“, 19. Febr. „Pretoria“. Nach Baltimore: 14. Febr. „Bethania“, 19. Febr. „Pretoria“. Nach Philadelphia: 7. Febr. „Pisa“, 21. Febr. „Prinz Adalbert“. Nach Neu-Orleans: 6. Febr. „Riverdale“. Nach Kanada-Portland Me.: 23. Febr. „Zieten“. Nach Westindien: 1. Febr. „Graecia“, 3. Febr. „Grunewald“, 5. Febr. „Schaumburg“, 16. Febr. „Mecklenburg“, 17. Febr. „Sardinia“, 19. Febr. „Patagonia“, 24. Febr. „Georgia“. Nach Mexiko: 5. Febr. „Cheruskia“, 14. Febr. „Kronprinzessin Cecilie“, 17. Febr. „Frankenwald“. Nach Ostasien: 5. Febr. „Sachsen“, 12. Febr. „C. Ferd. Laeisz“, 20. Febr. „Arcadia“, 23. Febr. „Sithonia“. Nach Wladiwostok: 24. Febr. „Lena“. Arabisch-Persischer Dienst: 24. Febr. „Persia“. Mitgeteilt durch Jos. Wilh. Roth, Leopoldstraße 4.

Terminkalender.

Freitag, den 2. Februar 1912.

½10 und 2 Uhr: J. Hischmann sen., Auktionator, Weißwaren-Versteigerung, Zähringerstr. 29.

Landwirtschaft.

An der Großh. Landwirtschaftsschule Augustenberg werden mit Genehmigung des Ministeriums des Innern in diesem Jahre folgende Lehrkurse abgehalten: 1. Obstbaukurs für Baum- und Straßenwarte vom 11. bis 30. März und vom 30. September bis 19. Oktober; 2. Hauptobstbaukurs vom 1. April bis 18. Mai und vom 5. August bis 21. Sept.; 3. Bienenkurs vom 10. bis 22. Juni; 4. Obstbaukurs für Lehrer, Straßenmeister und Personen reiferen Alters vom 24. Juni bis 6. Juli; 5. Obst-, Gartenbau- und Obstverwertungskurs für Frauen und Mädchen vom 8. bis 13. Juli; 6. der gleiche Kurs für Haushaltungslehrerinnen vom 22. Juli bis 3. August; 7. Obstverwertungskurs für Männer vom 23. bis 25. September; 8. Wiederholungskurs für ehemalige Obstbauschüler vom 21. bis 26. Oktober; 9. Melk- und Viehpflegekurs für Männer vom 11. bis 16. Nov.; 10. der gleiche Kurs für Frauen und Mädchen vom 18. bis 23. November.